



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

Intelligent wachsen – Wege zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft



Vortrag von
Ministerpräsident Winfried Kretschmann
an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

am 9. Oktober 2014
in Berlin, Deutschland

Vorwort

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hielt am 9. Oktober 2014 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften die Festrede zur Verleihung des Max-Weber-Preises für Wirtschaftsethik durch das Institut der deutschen Wirtschaft.

Im Rahmen seines Vortrags "Intelligent wachsen – Wege zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft" erörterte Kretschmann aus der Perspektive eines Politikers die Frage nach dem rechten Verhältnis von Staat, Markt und Zivilgesellschaft.

Den Vortrag können Sie dieser Broschüre entnehmen.

Viel Freude bei der Lektüre!

Ihre Pressestelle der Landesregierung

I. Einleitung – Rückkehr der Moral?

Es ist mir eine Freude und Ehre zugleich, heute aus Anlass der Verleihung des Max-Weber-Preises für Wirtschaftsethik zu Ihnen zu sprechen. Ich danke Herrn Professor Hübner für die Einladung und die einführenden Worte. Ich danke auch Herrn Tesch für die Stiftung dieses wichtigen Preises und gratuliere schon jetzt den diesjährigen Preisträgern.

Fragen nach Moral und gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen mögen eine Zeit lang als Sozialromantik gegolten haben. Doch nach den jüngsten Krisenerfahrungen sind sie mit Macht auf die Agenda zurückgekehrt. Verbunden mit der Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung ist seitdem auch eine Debatte um das rechte Verhältnis von Staat, Markt und Zivilgesellschaft, die uns in Baden-Württemberg veranlasst hat, die Teilhabemöglichkeiten der Bürgerschaft gegenüber der Politik zu erweitern und subsidiäre Strukturen zu stärken. Denn es sind vor allem die subsidiären Strukturen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements, in denen die Werte entstehen und gelebt werden, die unser Gemeinwesen tragen. Hier, in diesen Strukturen entsteht, was Max Weber das „Gemeinsamkeitsbewusstsein“ genannt hat, ohne das es kein gutes Miteinander von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft geben kann.

Heute möchte ich allerdings – was Sie wenig überraschen wird – aus der Perspektive des Politikers zu Ihnen sprechen und der Frage nachgehen, was Politik angesichts dramatischer ökologischer Herausforderungen tun kann, um der ihr spezifischen Verantwortung für gegenwärtige und zukünftige Generationen gerecht zu werden. Erlauben Sie mir dazu einen kleinen Umweg, der in Wahrheit keiner ist, weil er bei Max Weber beginnt.

II. Gesinnungsethik vs. Verantwortungsethik

Max Webers grundlegende Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik ist heute beinahe 100 Jahre alt – und hat doch nichts an Aktualität eingebüßt. Der alte Konflikt zwischen der „Reinheit der Gesinnung“ und eines die Folgen bedenkenden ethischen Handelns bricht auch heute in der Politik immer wieder auf, insbesondere dann, wenn wirklich weitreichende Fragen auf dem Spiel stehen. So wie jüngst in der politischen Auseinandersetzung um das Asylrecht in Deutschland.

Wie Sie wissen, habe ich in der Länderkammer als einziger Vertreter meiner Partei einem Kompromiss mit der Bundesregierung zugestimmt, der aus meiner Sicht viele konkrete Verbesserungen für Flüchtlinge in unserem Land beinhaltet, ohne das Grundrecht auf Asyl im Kern anzutasten. Ich nenne nur die Stichworte Aufhebung der Residenzpflicht, erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt und Geldleistung statt Sachleistung. Das hat, wie Sie ebenfalls wissen, zu teilweise sehr emotionalen Reaktionen von Menschen geführt, die diesen Kompromiss grundsätzlich anders beurteilen.



Bildquelle: BILDSCHEIN GmbH/ Runge

Für mich ist der Fall ein nahezu klassisches Beispiel für den von Max Weber beschriebenen Konflikt: Ohne Kompromiss würde mit Blick auf die Staaten des Westbalkans jetzt zweifellos das reine, auch im Prinzip von mir geteilte Asylverständnis fortbestehen – freilich ohne große praktische Konsequenz, weil schon heute lediglich 0,3 Prozent der Bewerber aus diesen Staaten Schutz erhalten. Und dies aus humanitären Gründen, nicht, weil sie als Asylsuchende anerkannt werden. Das ändert sich durch das neue Verfahren gar nicht.

Es gäbe aber für Flüchtlinge bei uns im Land keine substanziellen Verbesserungen ihrer Lebensumstände, und die Politik hätte auch nichts dafür getan, die durchaus fragile Empathie für Flüchtlinge bei unseren Bürgerinnen und Bürgern weiter zu erhalten. Auch das war ja ein Grund, dem Kompromiss zuzustimmen. Nur wer selbst Kompromisse macht, kann auch von anderen welche erwarten. Es ist in dieser Frage sehr wichtig, dass wir alle zusammenhalten – alle demokratischen Parteien. Wenn Politik in einer modernen Gesellschaft von der kritischen Beobachtung der Wirklichkeit lebt und von dem beständigen Bemühen, konkrete Verbesserungen für das Zusammenleben der Menschen zu erwirken, dann kann sie nicht anders, als verantwortungsethisch, oder – wie man heute eher sagen würde – nach Maßgabe einer Folgenethik handeln.

III. Ökologie und Wachstumsverzicht

Ein anderes Konfliktfeld, bei dem gesinnungsethische und verantwortungsethische Perspektiven nicht weniger schroff aufeinanderprallen, hat mit dem Verhältnis von Ökologie und Ökonomie zu tun. Die meisten Experten sind sich einig: Mit unserer

herkömmlichen Art zu wirtschaften, die auf dem Verbrauch fossiler und mineralischer Rohstoffe basiert, haben wir die Belastungsgrenzen zentraler Ökosysteme wie Klima, Boden und Wasser bereits überschritten. Der konservative Wachstumskritiker Meinhard Miegel schrieb unlängst in der FAZ, ich zitiere:

„Die Menschheit beansprucht für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten heute anderthalb Globen [...], wobei es die wohlhabendsten Länder besonders toll treiben. Wirtschaftete die Weltbevölkerung [...] wie die US-Amerikaner, brauchte sie mehr als vier, wirtschaftete sie wie die Deutschen, wären es noch immer zweieinhalb Globen. Dass das kein dauerhaftes Wirtschafts-, geschweige denn Lebensmodell ist, liegt auf der Hand.“

Angesichts dieser Faktenlage ist es nicht übertrieben, von einer akuten Selbstgefährdung der Zivilisation, ja von einer drohenden Selbstzerstörung der industriellen Moderne zu sprechen. Was also ist zu tun?

Meinhard Miegel und andere sehen die einzige Lösung in einer Abkehr vom Wachstumsgedanken, in einem Ende des „fortwährenden Höher, Schneller und Weiter“, das seit jeher die Geschichte des kapitalistischen Wirtschaftens prägt. Doch wie realistisch ist diese Lösung? Und ist sie überhaupt wünschenswert? Weltweit gesehen wächst der Energiehunger. Insbesondere aufstrebende Volkswirtschaften wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika hatten in der jüngeren Vergangenheit teilweise Zuwachsraten beim BIP von jährlich fünf bis zehn Prozent. Die Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika sehnen sich nach einem Lebensstandard, wie wir ihn hier in Europa seit Langem genießen. Sie setzen auf wirtschaftliches Wachstum als Weg aus der Armut. Wer möchte – wer könnte – es diesen Nationen verwehren, dass sie auch weiterhin mit aller Kraft den wirtschaftlichen Anschluss an den Westen suchen, oder, im Fall Chinas, selbst die Führungsrolle anstreben?

Nimmt man all dies zur Kenntnis, dann könnte es sein, dass wir weltweit vor einer Periode eines geradezu stürmischen Wirtschaftswachstums stehen. Appelle zu Konsum- und Wachstumsverzicht werden uns in dieser Situation nicht weiterhelfen. Sie werden meiner Ansicht nach nicht wirken. Wäre es nicht geradezu zynisch, wenn die reichen von den ärmeren Ländern verlangen würden, doch bitteschön auf Industrialisierung und Entwicklung zu verzichten?

IV. Die autoritäre Versuchung

Und noch ein weiteres Problem ist mit dieser „asketischen“ Lösung verbunden. Meinhard Miegel selbst räumt ein, dass sie bei den Menschen nichts weniger als einen radikalen Sinneswandel voraussetzen würde, eine Überwindung also „tief verinnerlichter Denk-, Gefühls- und Handlungsmuster“, die im Streben nach Vorteil und Gewinn ihren Aus-

druck finden. Als individuelle, moralische, vielleicht auch religiös motivierte Entscheidung zu Askese und Verzicht ist eine Abkehr von diesen Verhaltensmustern natürlich höchst respektabel und verdient nicht nur unsere Bewunderung. Sie setzt auch Kontrapunkte gegen einen kruden Materialismus und löst damit immer wieder persönliche und kollektive Reflexionen darüber aus, was eigentlich ein „gutes Leben“ ausmacht. Kann es aber in einer freien Gesellschaft ein legitimes politisches Ziel sein, Gesinnungen und Haltungen von Menschen ändern zu wollen?

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, dessen bemerkenswertem Buch *Intelligent Wachsen. Die grüne Revolution* ich meinen heutigen Redentitel entlehnt habe, und das ich zur Lektüre nur außerordentlich empfehlen kann, hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die autoritäre Versuchung von Anfang an ein gefährlicher Begleiter der Ökologiebewegung war. „Schon die Urschrift der Ökologiebewegung, der 1972 unter dem Titel ‚Grenzen des Wachstums‘ publizierte Report an den Club of Rome“ sei, so Fücks unlängst in der Wochenzeitung DIE ZEIT (25.09.2014) „von einem autoritären Grundton durchzogen“ gewesen. Diese Schrift habe die Antwort auf die ökologische Herausforderung vor allem „in einer umfassenden Reglementierung von Produktion, Konsum und Fortpflanzung“ gesucht.

V. Intelligent Wachsen – Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Demgegenüber macht Fücks deutlich, dass es einer freiheitlich-ökologischen, und ich würde hinzufügen, einer verantwortungsethischen Politik nicht um den „neuen Menschen“ gehen kann. Stattdessen geht es um eine neue Produktionsweise. Gerade weil sich am westlichen Lebensmodell – unserem Lebensmodell – fast die ganze Welt ausrichtet, lautet die eigentliche Überlebensfrage nicht, ob die Weltwirtschaft weiter wachsen soll – denn sie wird weiter wachsen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben geradezu einen Anspruch darauf! Die eigentliche Frage lautet: Wie können wir es schaffen, „Wohlstand für alle“, das große Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, mit der Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen zu vereinbaren? Wie können wir – das ist die entscheidende Überschrift über diesem Jahrhundert in dieser Hinsicht – wirtschaftliches Wachstum vom Naturverbrauch entkoppeln?

Im Angesicht der ökologischen Krisen ist die entscheidende Größe der Naturverbrauch, nicht das Bruttoinlandsprodukt. Es geht also nicht um das Ob des wirtschaftlichen Wachstums, sondern um das Wie. Es geht um intelligentes Wachstum. Zwei Aspekte sind hier aus meiner Sicht entscheidend. Zum einen braucht es für die ökologische Transformation der Wirtschaft den Innovationsgeist und die Kreativität verantwortungsbewusster Unternehmerinnen und Unternehmer. Diese Kreativität allerdings setzt Freiheit voraus. Was Hannah Arendt in der Politik „das Wunder“ genannt hat, nämlich ein unerwartetes, unberechenbares, unwahrscheinliches Ereignis, das sich dem freien Handeln von Menschen

verdankt – denken Sie nur an unseren kürzlich begangenen Nationalfeiertag zum Tag der Deutschen Einheit, wo Menschen im Osten dieses Wunder bewirkt haben. Dieses Wunder ist in der Wirtschaft die Innovation: das neue Produkt, die neue Fertigungsmethode – mit überraschenden Antworten auf lange gestellte Fragen. Die ökologische Modernisierung lebt von solchen Innovationen. Zum anderen braucht sie aber auch einen Ordnungsrahmen, der die richtigen Anreize setzt. Beide Aspekte bedingen einander. Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft allein werden allerdings nicht genügen. Nötig ist eine Erweiterung des Verantwortungsbereichs marktwirtschaftlicher Prozesse.

Auf den „blinden Fleck“ der sozialen Marktwirtschaft hat im Übrigen schon einer ihrer Gründerväter, Walter Eucken, hingewiesen. „Die Umwelt“, so ist bei Eucken nachzulesen, ist ein „Gemeinschaftsgut“. Wenn sie in Anspruch genommen wird, „erscheint sie nicht in der Kostenrechnung von Unternehmen oder Haushalten.“ Das heißt: Die Prinzipien der Selbstorganisation des Marktes können hier nicht greifen. Sie greifen erst dann, wenn man dem Gemeinschaftsgut Umwelt einen Preis zuweist und es in die Kostenrechnungen integriert. Die Preise müssen also die ökologische Wahrheit sagen. Dadurch wird der Verantwortungsbereich der Marktwirtschaft auf die natürlichen Lebensgrundlagen erweitert.

Diese marktwirtschaftliche Lösung hat einen riesigen Vorteil: Sie gewährt ein Maximum an Freiheit und entlastet uns sowohl von der Regulierung jedes Einzelfalls als auch von überhöhten Erwartungen an die ethischen Gesinnungen der Akteure. Oswald von Nell-Breuning, der Nestor der katholischen Soziallehre, schrieb dazu im Jahr 1948: „Die moralischste Wirtschaftsordnung ist diejenige, die mit einem Minimum an moralischem Anspruch an ihre Mitglieder auskommt.“

Politik muss an den Strukturen arbeiten, nicht an der Verbesserung des Menschen. Zwar müssen auch Menschen sich ändern. Aber das kann nur von unten, aus der Zivilgesellschaft heraus geschehen. Und da geschieht auch schon sehr viel. Verbraucherinnen und Verbraucher verhalten sich heute nicht nur als Konsumenten, sondern immer mehr auch als Markt-Bürger. Sie achten zum Beispiel heute nicht mehr nur auf den Preis oder auf die Qualität eines Produkts. Sie schauen vermehrt hinter die Produkte und interessieren sich für die Produktionsbedingungen. So erklärt sich nicht zuletzt der zunehmende, auch ökonomische, Erfolg von Waren mit verschiedenen Nachhaltigkeits-Labeln oder -Siegeln. Aber auch hier müssen Staat und Wirtschaft für Transparenz sorgen, damit der Anspruch solcher Label nicht verwässert wird.

Auf politischer Ebene sollten wir unsere Energien vor allem darauf konzentrieren, unsere Ordnung zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Dann darf der ökologische Ordnungsrahmen aber keine bloße Hülle sein. Dann dürfen wir, um ein Beispiel zu nennen, ein marktwirtschaftliches Instrument wie den Emissionshandel



Bildquelle: BILDSCHÖN GmbH/ Runge

nicht verkommen lassen. Gegenwärtig kostet der Ausstoß einer Tonne CO₂ nicht einmal fünf Euro. Das ist viel zu wenig und hat keinerlei Lenkungseffekte mehr auf die Märkte. Dadurch fehlen die Anreize, in effiziente, umweltschonende Kraftwerke zu investieren, in Speicher oder auch in intelligente Prozesse, wie etwa Lastenmanagement, oder sie überhaupt zu betreiben. Das Ergebnis ist eine monströse Fehlentwicklung: Der Klimakiller Braunkohle erlebt eine Renaissance – noch nie wurde so viel Braunkohlestrom erzeugt –, während Investitionen in moderne, hocheffiziente, flexible Gaskraftwerke ausbleiben. Genau auf solche Kraftwerke sind wir aber angewiesen, wenn die Energiewende gelingen soll.

Die Reparatur des Emissionshandels ist also ein erster wichtiger Schritt, auf den wir unsere Energie derzeit richten müssen. Ein funktionierender Emissionshandel macht übrigens nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch Sinn. Er spornt Betriebe an, Ressourcen effizienter zu nutzen und mit weniger Energie auszukommen. So können unnötige Prozessschritte, Energie- und Ressourcenfresser besser entdeckt und beseitigt werden. Ökonomie und Ökologie sind von ihrer ursprünglichen Wortbedeutung her ohnehin kein Gegensatz: Beide haben es mit dem guten Haushalten zu tun. Ein möglichst effizienter Einsatz von Ressourcen verschafft unseren Unternehmen nicht zuletzt handfeste Vorteile im globalen Wettbewerb.

Bis zur Wiederherstellung des Emissionshandels sind wir allerdings auf ordnungsrechtliche Instrumente wie den „Grenzwert“ angewiesen. Der Grenzwert zeigt in einzelnen Branchen, was mit dem Emissionshandel in der gesamten Wirtschaft auf eine noch sehr viel effizientere Weise möglich wäre: So hat die schrittweise Senkung der Grenzwerte für

den CO₂-Ausstoß von Autos zu einem Innovationswettlauf um die besten Spartechniken und alternativen Antriebsformen geführt – Techniken, die heute in der ganzen Welt gefragt sind.

Sie können diese Entwicklung gut an meinem eigenen Dienstwagen nachvollziehen: Als ich mein Amt vor rund drei Jahren antrat, übernahm ich den Dienstwagen von meinem Vorgänger. Der stieß noch 340 mg CO₂ pro Kilometer aus. Beim nächsten waren es noch 190 mg, dann 150 – Sie sehen, ich bin ein Leaser – und jetzt fahre ich einen Dienstwagen mit einem Ausstoß von 115 mg pro Kilometer. Es wird nicht mehr lange dauern, dann sind wir bei nur noch etwa 80 mg – wohlgermerkt handelt es sich um Modelle der Mercedes S-Klasse – denn es ist klar, dass der Ministerpräsident von Baden-Württemberg keinen Fiat fährt.

Es geht also voran mit der Vision von „zero emission“. Die Kunst besteht darin, die Grenzwerte so zu setzen, dass die Wirtschaft nicht stranguliert, sondern stimuliert wird. Das ist einer der Gründe, warum ich regelmäßig Betriebe besuche. Und wenn ich mit Unternehmerinnen und Unternehmern spreche, dann muss man das richtige vom falschen Jammern unterscheiden. Dies ist wichtig bei der Erstellung des Ordnungsrahmens. Denn darum geht es bei der Umgestaltung der Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft: dass sie Energien freisetzt, Innovationen anregt, Kreativität beflügelt.

Ein weiteres Instrument des Staates ist dabei die Innovationsförderung. Meine Landesregierung in Baden-Württemberg setzt hier ganz klare Schwerpunkte, unter anderem in den Bereichen nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologien, erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz. Mit so genannten Landesagenturen für Umwelttechnik, Elektromobilität oder Leichtbau tragen wir zum Beispiel dazu bei, zukunftssträchtige Netzwerke zu knüpfen und vielversprechende Kooperationen – auch finanziell – zu fördern, damit solche Vorhaben auch in der Breite des Mittelstandes schnell ankommen. Denn der Mittelstand ist das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft.

Sie wissen, Innovationen sind heute in den seltensten Fällen das Ergebnis eines einsamen Tüftlers. Sie entstehen vielmehr an den Schnittstellen unterschiedlicher Branchen und Disziplinen: An den Schnittstellen von Wissenschaft und Wirtschaft, von Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Innovationspolitik mit dem Ziel der ökologischen Modernisierung muss in Zukunft aber auch zunehmend im europäischen Maßstab geschehen. Denn im Jahr 2050 werden die Europäer gerade einmal fünf Prozent der Weltbevölkerung stellen. Wenn wir da mit unseren Werten mitspielen wollen, dann müssen wir uns gehörig nach der Decke strecken. Wenn wir im globalen Innovationwettbewerb mithalten wollen, und dazu noch unsere Werte wie Nachhaltigkeit einspeisen wollen, dann macht es Sinn, europäische Forschungsprogramme künftig noch stärker auf das Zukunftsthema der ökologischen Modernisierung zu konzentrieren.

Ob im Energiebereich, bei Verkehr und Logistik, oder auch in der industriellen Produktion, wenn wir es richtig anpacken, dann liegen hier riesige Chancen für die Wirtschaft in Europa. Ich denke, das haben wir erkannt. Sie wissen hoffentlich: Baden-Württemberg gehört zu den innovativsten Regionen Europas. Mit einem Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt von 5,1 Prozent sind wir hier mit Abstand an der europäischen Spitze. Das ist in diesem harten internationalen Forschungswettbewerb auch notwendig.

VI. Die digitale Revolution

Auf dem Weg zur ökologischen Modernisierung kommt uns zu Gute, dass sich gegenwärtig ein weiterer fundamentaler Wandel vollzieht: Ich spreche von der digitalen Revolution. Sie bietet uns nicht nur große ökonomische, sondern nicht weniger große ökologische Chancen. Ich gebe Ihnen drei Beispiele:

- Die digitale Revolution hält Einzug in unsere Fabriken: Durch intelligente Produktionssysteme – Stichwort Industrie 4.0 – lassen sich Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch künftig immer mehr voneinander entkoppeln.
- Sie hält Einzug in unsere Energieversorgung: Intelligente Netze werden im Zeitalter der erneuerbaren Energien dafür sorgen, dass dezentrale Erzeuger, Verbraucher und Speicher miteinander „kommunizieren“ und eine stabile und effiziente Versorgung sicherstellen.
- Und sie hält Einzug in unsere Mobilitätskultur: Durch intelligente Vernetzung der Verkehrsträger, ein intelligentes Zusammenspiel von Bahn, Bus, Elektroauto, Fußgänger- und Fahrradverkehr, aber auch intelligente Bezahlssysteme gehören dazu, eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten jenseits des klassischen motorisierten Individualverkehrs. Insgesamt kann man nach heutigem Wissensstand mit einer intelligenteren Organisation der Mobilität in den Städten den Verkehr um rund ein Drittel reduzieren. Dies ist für mich ein Paradebeispiel dafür, wie man aus dem Vorhandenen mehr machen kann, statt dem Stau eine Straße nach der anderen hinterherzubauen.

VII. Ökonomischer Erfolg als ethische Verpflichtung

Das Ziel einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft erreichen wir aber nicht im Schlafwagen. Wir müssen Ernst machen und den ökologischen Fokus scharf stellen. Wir müssen den Willen, den Mut und die Entschlossenheit haben zu echter Pionierleistung. Unsere ethische Verantwortung liegt im Kern genau darin, das Jahrhundertprojekt der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu einem ökonomischen Erfolg zu machen. Und auch da können wir auf die digitale Revolution hoffen, denn sie generiert schon jetzt völlig neue Geschäftsmodelle und ist geradezu ein Acker, auf dem Start-ups wachsen.



Die Preisträger Samuel Stäbler (2. v. l.) und Dr. Christof Altmann (3. v. l.)
 Bildquelle: BILDSCHEIN GmbH/ Runge

Erst wenn die Energiewende auch ein ökonomischer Erfolg wird, wird sie die ökologischen Folgen haben, die erwünscht sind: dass andere diesem Modell folgen. Denn auch mit dem radikalsten Klimaschutz aller Zeiten in Baden-Württemberg, kann ich die Welt nicht retten: es bleibt weit unter einem Prozent der globalen Effekte. Erst wenn wir diese Politiken und Ökonomien mit ihren Erfolgen auch exportieren, nehmen wir unsere globale Verantwortung wirklich wahr. Für den Gesinnungsethiker mag sich das nachgerade absurd anhören: Ökonomischer Erfolg als ethische Verpflichtung? Doch was hilft es dem Globus, wenn wir nur in Deutschland – oder selbst nur in Europa – im Einklang mit der Natur wirtschaften, der Rest der Welt sich aber nicht darum schert?

Nur wenn wir mit nachhaltigem Wirtschaften auch ökonomisch erfolgreich sind, kann unser Modell die Strahlkraft entfalten, die zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in allen Teilen der Welt wirklich nötig ist. Nur dann kann dieses Modell zum neuen Referenzmodell werden, an dem sich andere orientieren. Eine Politik, die dafür die richtigen Rahmenbedingungen schafft, wird in meinen Augen ihrer Verantwortung für gegenwärtige und zukünftige Generationen am besten gerecht.

Herzlichen Dank!

Winfried Kretschmann

Winfried Kretschmann
 Ministerpräsident von Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Staatsministerium
Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart